



Stadt Kamen

Der Bürgermeister

Fachbereich Innerer Service

Vorlage

Nr. 236/2001

öffentlich

nichtöffentlich

Beschlussvorlage

TOP-Nr.	Beratungsfolge
	Haupt- und Finanzausschuss Rat der Stadt Kamen

Bezeichnung des TOP

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2002

Fachbereichsleiter/in	Dezernent	Bürgermeister	Datum

Beschlussvorschlag:

1. Die Erläuterungen der Verwaltung im vorgelegten Arbeitspapier (Vorbericht und Arbeitsverteilungsplan) werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem vorgelegten Stellenplan 2002 wird zugestimmt.

Sachverhalt und Begründung (einschl. finanzielle Möglichkeit der Verwirklichung):

Die Personalausgaben binden einen nicht unerheblichen Teil der Ausgaben der Stadt. Im Rahmen der Dienstleistungsfunktion der Verwaltung sind diese Ausgaben unerlässliche Voraussetzung für das Funktionieren der Verwaltung. Andererseits bietet der Umfang natürlich auch Konsolidierungsmöglichkeiten. Nachdem diese in den vergangenen Jahren bereits genutzt wurden, ohne das gesamte System zu gefährden, werden auch für das Jahr 2002 weitere Stelleneinsparungen vorgeschlagen. Auch hier wurden Maßstäbe angelegt, den Personalhaushalt in einem vertretbaren Umfang zu den zu erledigenden Aufgaben, aber auch zum Konsolidierungszwang, zu gestalten.

Planstellenvergleich zum Vorjahr:

	2001	2002
Angestellte	223	212
Arbeiter	110	110
Beamte	131	135
Gesamt	464	457

Bei den Personalkosten konnte auch unter Berücksichtigung unabweisbarer Steigerungen aufgrund besoldungs- und vergütungsrechtlicher Ansprüche einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich sowohl auf Änderungen in den persönlichen Verhältnissen (Familienverhältnisse, Dienstalaltersteigerungen) als auch auf Höhergruppierungs- und Beförderungsansprüche erstrecken sowie sozialversicherungsrechtlicher Auswirkungen, ein vertretbarer Anstieg erreicht werden.

Der Personalkostenansatz liegt damit in 2002 bei **19.237.950 Euro** und damit um **1,705 %** höher als in 2001.

Allein die Änderungen durch Besoldungserhöhung, Tariferhöhung und erhöhte Kosten der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung übersteigen diesen Betrag jedoch erheblich, so dass nur durch die Stelleneinsparungen die relativ geringfügige Steigerung erzielt werden konnte.

Wie im Laufe des Jahres bereits angekündigt wurde, gibt der Stellenplan nunmehr auch die Entwicklung im Bereich der ehemaligen Stabsstelle und der Bereiche Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung wieder.

Der Landrat hat den Stellenplan genehmigt.

Der Personalrat wurde im Rahmen des LPVG angehört, die Gleichstellungsbeauftragte im Rahmen des LGG beteiligt.